

Veranstaltungsrückblick des Kongresses Armut und Gesundheit

Von Daten zu Taten

Soziale Ungleichheiten wirken bereits im frühen Kindesalter und prägen Bildungs-, Gesundheits- und Teilhabechancen. Um Kinder aus benachteiligten Familien wirksam zu unterstützen, müssen kommunale Ressourcen zielgerichtet und bedarfsgerecht eingesetzt werden. Auf dem Kongress „Armut und Gesundheit“ 2026 in Berlin wurde diskutiert, wie Daten aus Schuleingangsuntersuchungen (SEU) genau hier als politisches Steuerungswerkzeug helfen können.

Inés Wilk und Nele Bardenhagen | Friedrich-Ebert-Stiftung | 16. April 2026

Im Rahmen des diesjährigen **Kongresses Armut und Gesundheit** in Berlin 2026 hat die Autorin des Impulspapiers **Nora Jehles** die Nutzungsmöglichkeiten der Daten aus der Schuleingangsuntersuchung (SEU) für die kommunale Steuerung von Bildungs-, Gesundheits- und Sozialpolitik vorgestellt. Bei der anschließenden Paneldiskussion unter der Moderation von **Niels Espenhorst** vom Paritätischen Gesamtverband, mit **Dr. Claudia Korebrits** vom Gesundheitsamt der Stadt Leipzig und **Volker Kersting** vom Verein für Sozialplanung, wurden verschiedene Perspektiven zur Nutzung der Daten diskutiert.

Es bestand Einigkeit darin, dass in Deutschland derzeit ein **Präventionsdefizit** besteht. Spezifische frühkindliche Bildung greift noch zu wenig an Stellen, wo sie besonders gebraucht wird. Wie der nationale Bildungsbericht 2024 ([Link zum Bericht](#)) darlegt, verlassen heute rund sieben Prozent der Jugendlichen die Schule ohne einen Abschluss. Daraus ergeben sich Folgen, denen (zumindest teilweise) durch frühkindliche Bildung entgegengewirkt werden könnte. Mit der **Bereitstellung der Daten der SEU könnte hier ein frühzeitiges, bedarfsgerechtes Ansetzen ermöglicht werden**, um dieses Problem langfristig zu durchbrechen.

Unterschiedlich wurde aufgefasst, wie kleinteilig die Daten aus der SEU letztlich zur Verfügung gestellt werden sollten. Auf der einen Seite wurde argumentiert, die Daten **einrichtungsbezogen** zu veröffentlichen, um spezielle Handlungsbedarfe sichtbar zu machen. Auf der anderen Seite wurde das Argument vorgebracht, die Daten ausschließlich **kleinräumig** für einzelne Ortsteile bereitzustellen, um Stigmatisierungen entgegenzuwirken. Diese Diskussion ist nicht trivial, da es darum geht, Entscheidungsträger:innen von der Möglichkeit einer Nutzung der SEU-Daten zu überzeugen und gleichzeitig die möglichen Auswirkungen auf die Bevölkerung zu berücksichtigen.

Für die Städte Leipzig und Kassel etwa werden bereits **interaktive Dashboards** eingesetzt, die die SEU Daten kleinräumig für die Ortsteile und öffentlich bereitstellen. Ein erster und wichtiger Schritt könnte daher sein, dem Vorbild von Leipzig und Kassel zu folgen und die Kindergesundheitsdaten aller Gesundheitsämter kleinräumig für andere Institutionen (öffentlich) zur Verfügung zu stellen. Dadurch könnte der jeweilige Handlungsbedarf ermittelt und hiervon Ableitungen für die Praxis getroffen werden.

In diesem Zusammenhang wurde die **voraussichtliche Erweiterung des Startchancen-Programms** für Kitas als gutes Gelegenheitsfenster erwähnt, um an empirisch fundierten Erkenntnissen aus den SEU mit konkreten Fördermaßnahmen anzuschließen. Gegenwärtig besteht die Herausforderung nicht an einem Mangel an Daten, sondern vor allem an der flächendeckenden Nutzung dieser und fehlenden Folge-Taten.

Kontakt:

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Referat Politische Bildung & Impulse
Iva Figenwald
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

E-Mail: Iva.Figenwald@fes.de
T : +49228 883-8309